

Zwischen Subprime-Krise, Schuldenkrise in Südeuropa, Austeritätsprogrammen und weltweit drohender Rezession suchen viele von uns nach Erklärungen und Analysen. Werner Rätz von der Attac-Mitgliedsorganisation Informationsstelle Lateinamerika (ILA) macht einen provokanten Aufschlag, dem weitere Beiträge folgen sollen.

Für Schrumpfung, Konjunkturreinbruch und Krise!

Von Werner Rätz

Um die aktuelle Situation zu verstehen, muss man sich einen Grundwiderspruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bewusst machen: Im Kapitalismus liegt der gesellschaftliche Reichtum in zweierlei Form vor. Es gibt einmal das konkrete Produkt oder die Dienstleistung und in dieser Gestalt erfüllt unser Reichtum konkrete Bedürfnisse. Wie diese kann auch die Menge der Güter und Dienstleistungen wachsen, aber immer nur endlich. Zweitens stellt sich Reichtum im Kapitalismus aber auch als reiner Wert oder eben als Geldausdruck dar. In dieser Form benimmt er sich wie eine beliebige Zahlenreihe: Nach jeder Zahl kommt noch eine, sie wächst scheinbar ins Unendliche. Aus diesem Widerspruch entstehen Verwerfungen können nicht per politischer oder wirtschaftlicher Entscheidung aufgelöst werden. Aber sie sind auszuhalten, solange man das angesammelte Geldkapital in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen so investieren kann, dass es weiter wächst. Das ist dann der Fall, wenn es noch unerfüllte (zahlungskräftige) Bedürfnisse gibt.

Konjunkturprogramme, Stärkung der Massenlaufkraft und andere neokeynesianische Vorschläge einer nachfrageorientierten Politik sind insoweit also richtig, als sie die Zahlungsfähigkeit steigern wollen. Aber heute sind die Vermögensansprüche derart hoch, dass sie auch mit einer solchen Politik nicht einfach in profitable Investitionen zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen verwandelt werden können. Ihre schiere Höhe schafft vielmehr den Geldbesitzern ein Problem. Ihr Geld findet nur noch schwer Investitionsmöglichkeiten, aus denen es als eine größere Summe wieder rauskommt. Der Neoliberalismus versucht, dieses Problem mit Hilfe der Finanzökonomie zu lösen, die der Bewegung des Wertausdrucks, also der Zahlenreihe, folgt. So wachsen zwar die Vermögensansprüche, aber um sie zu realisieren, muss sie jemand bezahlen. Dazu werden alle möglichen gesellschaftlichen Bereiche in Warenmärkte und damit Investitionsfelder verwandelt, in denen bisher Private nicht oder kaum mitverdienen: Rente, Daseinsvorsorge, kommunale Infrastruktur.

Wenn in der Krise diese Vermögensansprüche unsicher werden, erwarten ihre Besitzer, dass der Staat, die Regierungen sie retten. Tun sie das, verhindern sie damit aber gleichzeitig die problembereinigende oder zumindest -lindernde Wirkung der Krise. Die bestände ja genau darin, dass Zusammenbrüche von Firmen und Ansprüchen dazu führen würden, dass wieder Raum für neue profitable Investitionen entsteht. Das Dilemma ist perfekt. Gut sehen kann man das im Augenblick Spanien. Für dieses Land hat gerade eine Ratingagentur (S&P's) die Wertung herabgesetzt, weil es sich zu schnell neu verschuldet, und die andere (Fitch), weil es mit zuviel Sparen die Konjunktur zerstöre.

Die laufenden Sparprogramme haben damit nicht nur das Problem, dass völlig unklar ist, ob sie ihre Sparziele auch realisieren können. Selbst wenn sie es täten, zerstörten sie künftige Wachstumsmöglichkeiten. Würden die Regierungen umgekehrt auf Wachstum und Nachfragesteigerung setzen, so bliebe es dennoch dabei, dass erstens die gewaltigen Kapitalmassen in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen gar nicht alle profitabel zu investieren sind und dass zweitens die Schulden immer weiter stiegen.

Die Ansprüche, die diese Schulden ja umgekehrt darstellen, kann ohnehin keine Ökonomie

befriedigen. An ihrer Entwertung führt gar kein Weg vorbei. Wenn Regierungen diesen Prozess nicht bewusst und planvoll gestalten, dann kann er nur katastrophisch, also durch starke Inflation, geschehen – zum Schaden aller. „Alternative“ Vorschläge aus Gewerkschaften und Teilen der Wirtschaftswissenschaften, das alles durch Konjunkturprogramme zu lösen, führen nicht nur in die ökonomische Sackgasse. Ökologisch gesehen haben Schrumpfung, Konjunkturreinbruch, Krise ja durchaus wünschenswerte Wirkungen. Die können aber nur dann positiv gestaltet werden, wenn ihnen eine radikale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums in seiner konkreten Form an die Menschen vorausgeht, deren Bedürfnisse heute keineswegs befriedigt werden, obwohl Güter und Dienstleistungen dafür ausreichend zur Verfügung stehen. Und das wird nur mit einer radikalen und umfassenden Entwertung der Vermögensansprüche machbar sein.